



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 22.07.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Ab TOP 4

Herr Stadtrat Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Ab TOP 3

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Ab TOP 3

Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Rieger

Gast:

Herr Schley, Rektor Mali-Werkrealschule

Bis TOP 3

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Buchmann, Kulturamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Frau Graupner, Personalrat
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Frau Maerker, Archiv
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Schilling, Stadtwerke
Herr Simon, Hauptamt
Frau Voss, Tourismus und Stadtmarketing
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Ab TOP 8

Bis TOP 8

AB TOP 8

Bis TOP 7

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Glückwünsche Deeng und Rückzug Rieger	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Antrag vom 14.05.2013 der Mali WRS zur Möblierung und Einrichtung der Gemeinschaftsschule Klassenstufe 5 zum Schuljahr 2013 / 2014	142/2013
4.	Neuvergabe Straßennamen in den Baugebieten "Hochvogelstraße", Flugplatz GE 1" sowie "Alte Schulstraße"	94/2013 + 94/2013 - 1
5.	Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stadtwerke Biberach GmbH	145/2013
6.	Aufhebung der Betrauung der Stadtwerke Biberach GmbH mit der Durchführung des ÖPNV zum 31.12.2013	144/2013
7.	Betrauung der Stadtwerke Biberach GmbH mit der Durchführung von Verkehrsleistungen ab dem 01.01.2014	147/2013
8.	Tempo 30 km/h in der Nacht auf Bundesstraßen; Antrag der Grünen Nr. 15/2013	148/2013
9.	Annahme von Schenkungen und Spenden für das 1. und 2. Quartal 2013	150/2013
10.1.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung am 24.06.2013 gefassten Beschlusses - Besetzung Schulleiterstelle Pflugförderschule	140/2013
11.1.	Verschiedenes - Schützenfest	
11.2.	Verschiedenes - Nutzung Liebherr-Parkplatz für das Freibad	
11.3.	Verschiedenes - Bolzplatz Rißegg-Steige	
11.4.	Verschiedenes - Bebauungsplan Berthold-Hupmann-Straße	
11.5.	Verschiedenes - Parkhaus Ärztehaus	
11.6.	Verschiedenes - Urlaubswünsche StR Hagel	

Die Mitglieder wurden am 11.07.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 17.07.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Glückwünsche Deeng und Rückzug Rieger

OB Zeidler gratuliert StR Deeng zum Geburtstag. Dann lässt er wissen, StR Rieger habe seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat erklärt. Er verliest ein Schreiben StR Riegers, das dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist.

Die Nachfolge werde vermutlich Herr Hummler antreten, da Dr. Forscher verzichten wolle und Gründe geltend gemacht habe.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Anwesend sind vier Jugendliche aus dem Gebiet Rißegg Steige. Einer erklärt, dass sie gerne Fußball spielen, was auf dem Spielplatz aber nicht möglich sei. Daher spielten sie auf der Straße. Schon vor sieben Jahren hätten sie Unterstützungsunterschriften für einen zweiten Sportplatz gesammelt, es habe sich aber nichts getan. Er überreicht die Unterschriftenliste OB Zeidler. Er schlägt vor, den ungenutzten Spielplatz in einen Bolzplatz umzuwidmen.

OB Zeidler lässt wissen, bei ihm sei kein entsprechendes Schreiben eingegangen, dies werde aber gerne geprüft. Er wolle keine Zusage machen, hoffe jedoch helfen zu können. Er gratuliert den Jugendlichen zu ihrem Mut, zur Sitzung gekommen zu sein.

Es wird applaudiert.

Ein zweiter Jugendlicher meint, der Brief sei für den Oberbürgermeister abgegeben worden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 142/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 04.07.2013.

StR Hagel signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum sinnvollen Vorschlag. Die CDU-Fraktion halte es für vorstellbar, Entscheidungen in dieser Größenordnung in die Verwaltungszuständigkeit zu übergeben.

Er übermittelt Herrn Rektor Schley und seinem Kollegium Dank für ihr Engagement.

StR Lemli bezeichnet das Konzept als schlüssig und die Ausführungen als nachvollziehbar. Daher stimme die SPD-Fraktion zu.

Auch die Freien Wähler werden laut StR Heinkele zustimmen und wünschen gutes Gelingen.

StR Späh signalisiert für die Grünen ebenfalls Zustimmung.

Gleiches gilt für StR Funk, der die Zustimmung mit dem Hinweis auf die Kosten versieht, die bei einer Gemeinschaftsschule auch höher seien.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- (1) Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Mali WRS zur Möblierung der Klassenstufe 5 im Rahmen der Einführung der Gemeinschaftsschule in Höhe von 50 000 Euro gem. Anlage 1 + 2 zu Drucksache Nr. 142/2013 zu.**
- (2) Für die Möblierung bzw. Ausstattung wird eine üpl. Ausgabe in Höhe von 50 000 Euro bewilligt. Zur Deckung werden Mittel in gleicher Höhe aus der allgemeinen Rücklage entnommen.**
- (3) Der Gemeinderat stimmt der Umsetzung des Stockwerkkonzeptes bis zur 6. Klassenstufe zu. Mittel hierfür werden in Höhe von 50 000 Euro in den Haushalt 2014 eingestellt.**
- (4) Der Schulträger kann sein Einverständnis zur Umsetzung des Stockwerkkonzeptes in der unter Beschlussantrag Nr.1 + 3 dargestellten Höhe zum Ende des jeweiligen Schuljahres widerrufen, soweit die 2-Zügigkeit in den einzelnen Klassenstufen nicht gesichert ist.**

**TOP 4 Neuvergabe Straßennamen in den Baugebieten "Hochvogelstraße",
Flugplatz GE 1" sowie "Alte Schulstraße"**

**94/2013
+ 94/2013 - 1**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 94/2013 zur Beratung vor. Diese wurde im Hauptausschuss am 10.06.2013 und im Ortschaftsrat am 11.06.2013 vorberaten. Infolge wurde die Drucksache Nr. 94/2013-1 erstellt, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

StR Abele signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Ergänzungsvorlage.

StR Dr. Nuding meint, er hätte sich auch vorstellen können, Personennamen zu verwenden von Menschen, die sich für die Sache eingesetzt hätten. Als Beispiel nennt er Tom Remfrey.

StRin Goeth signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

StR Dr. Schmid begrüßt die beabsichtigten Straßenbenennungen aufgrund der Nähe zum Geschehen.

StR Funk beantragt getrennte Abstimmung, da seine Fraktion es nicht in Ordnung finde, eine kleine Straße als Allee zu bezeichnen. Ein Änderungsantrag werde aber nicht gestellt. Anschließend wird über den Beschlussantrag ohne die Benennung der Guernseyallee abgestimmt und einstimmige Zustimmung erreicht. Die Abstimmung über die Bezeichnung Guernseyallee gibt 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restliche Ja-Stimmen.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen von Drucksache Nr. 94/2013 – 1 eingezeichneten Straßen werden wie folgt benannt:

a) Baugebiet "Hochvogelstraße"

- **Guernseyallee**
- **Tunnelweg**
- **Jerseyweg**

b) Baugebiet "Flugplatz GE 1 – südlich der NWU"

- **Ernst-Ottenbacher-Straße**

c) Baugebiet "Alte Schulstraße – Heuweg"

- **Tulpenweg**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 145/2013 zur Beschlussfassung vor.

StR Abele meint, angesichts eines Jahresabmangels von 1,6 Mio. Euro könne man die Stadtwerke nicht als wirtschaftlichen Betrieb betrachten, sondern städtische Aufgaben seien in die Stadtwerke ausgelagert worden, um im Querverbund mit der e.wa riss steuerliche Vorteile zu nutzen. Die CDU-Fraktion sei froh an dieser Konstruktion, da es funktioniere und einzelne Bereiche engagierte Arbeit leisteten. Man müsse darauf achten, keine Ideologienpolitik zu betreiben, sondern die Angebote im breiten Kontext sehen.

StR Lemli meint, die Stadtwerke leisteten sehr gute Arbeit und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Auch StR Zügel meint, dass die Stadtwerke defizitär seien, sei gewollt und im Neubau des Hallenbads und den hohen Sanierungskosten der Tiefgaragen begründet sowie im ÖPNV, der nicht gewinnbringend möglich sei. Die ursprüngliche Idee, die Defizite auszugleichen, gehe aber langsam nicht mehr auf, da die Beteiligungserträge der e.wa riss nicht mehr so groß seien. Der Gesellschafter müsse daher voraussichtlich mehr Geld für die Stadt aufwenden.

StR Späh meint, die Stadtwerke leisteten gute Arbeit und es sei wichtig, dass die Prüfer keine Beanstandungen hätten. Den geringsten Zuschussbedarf habe die Sparte ÖPNV, die den Grünen sehr wichtig sei.

StR Funk führt aus, die FDP fordere seit dem Hallenbadneubau, dass Kapitalverpflichtungen der Stadt im städtischen Haushalt parallel ausgewiesen würden. Die Ursache des Verlustes müsse deutlicher herausgearbeitet werden, um die Ursachen erkennen zu können. Hierzu gehörten die Beteiligungserträge der e.wa riss, die Kosten des Hallenbads – getrennt von den Freibadkosten – und die Parkierung. Letztere müssten zusammen mit den Einnahmen für oberirdische Stellplätze dargestellt werden. Dem ÖPNV die Schuld mit anzulasten sei falsch., da er eine Erfolgsgeschichte darstelle.

Die FDP-Fraktion stimme mit der deutlichen Erwartung zu, dass diese Forderungen vom Oberbürgermeister aufgenommen würden.

StR Kolesch bringt vor, bei den Stadtwerken betrage der Abmangel für den ÖPNV 300 000 Euro, zu denen eine Million öffentliche Subventionen hinzukämen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Jahresabschluss 2012 wird, unter Berücksichtigung des Bestätigungsvermerkes vom 24.05.2013 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, festgestellt.**

- 2. Ergebnisverwendung aus dem Jahresabschluss 2012:**
Der Verlustvortrag von 7.061.648,88 € und der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.862.408,91 € werden auf neue Rechnung vorgetragen.
- 3. Geschäftsführung und Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2012 entlastet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 144/2013 zur Beschlussfassung vor. Der nachfolgende Tagesordnungspunkt, die Drucksache Nr. 147/2013, wird zur Diskussion mit aufgerufen. Das Beratungsergebnis ist aber beim nachfolgenden Punkt protokolliert.

Frau Leonhardt führt kurz ins Thema ein, das sie als komplex bezeichnet.

Für StR Kolesch sind die Ausführungen zu dürftig, und er meint, eine Vorlage, die nicht vorberaten sei, sollte so erläutert werden, dass die Öffentlichkeit die Thematik verstehe. Er versucht eine Erläuterung und er gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion sei sehr froh, wie der ÖPNV derzeit organisiert sei und dass die politisch Verantwortlichen von Stadt und Landkreis die Details vorgeben könnten, da sie Konzessionsinhaber seien. Die Einbeziehung Privater sei aber auch wichtig. Er gehe davon aus, dass die wirtschaftliche Gleichstellung mit dem neuen Vertrag erzielt werde und dass die Steuerthematik überprüft worden sei und nicht mit unliebsamen Überraschungen gerechnet werden müsse.

StR Lemli plädiert, die bisher guten Strukturen weiter zu betreiben.

Gleiches gilt für StR Zügel, der meint, mit dem Verwaltungsvorschlag habe man ein Zeitfenster für weitere zehn Jahre, auch wenn man keine definitive Zusage habe. Er gehe davon aus, dass keine Schlechterstellung der Stadtwerke erfolge.

StR Späh wünscht eine erfolgreiche Fortführung des erfolgreichen ÖPNVs mit Taktzeiten und ähnlichem. Er spricht sich für eine Beibehaltung des Betriebs durch Private aus, was die Grünen als besseren Weg ansähen. Er dankt Frau Leonhardt für die „Herkulesaufgabe“, die sie übernommen habe.

StR Funk signalisiert Zustimmung zur Vorlage, die das Ergebnis harter Arbeit und das Verdienst vieler sei.

Frau Leonhardt stellt klar, die Finanzierungsvereinbarung bleibe bestehen und werde nicht verändert. Die Steuerthematik sei noch immer nicht geklärt und man warte auf die Antwort der Oberfinanzdirektion. Die Expost-Kontrolle erfolge nun schon nach jedem abgeschlossenen Wirtschaftsjahr.

StR Zügel meint, es sollten Frühwarnsysteme installiert werden, um Antworten auf Fragen zu haben, was beispielsweise passiere, wenn das EU-Recht geändert werde. Er bittet um einen Zwischenbericht in fünf Jahren zum EU-Rechtsstand.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stadt und der Landkreis stimmen darin überein, dass die bestehende Betrauung der Stadtwerke Biberach GmbH zur Erbringung der Verkehrsleistung im Gebiet der Stadt Biberach**

und in Teilen des Landkreises Biberach aus dem Jahr 2009 sowie die damit im Zusammenhang stehende Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt und der Stadtwerke Biberach GmbH vom 03.10.2009 mit Wirkung zum 31.12.2013 aufgehoben wird.

- 2. Der Gesellschafter weist die Geschäftsleitung der Stadtwerke Biberach an, die sich aus der Betrauung ergebenden Verpflichtungen mit Wirkung zum 31.12.2013 außer Kraft zu setzen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 147/2013 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde beim vorhergehenden Punkt diskutiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stadt und der Landkreis stimmen darin überein, dass zur beihilferechtskonformen Finanzierung der Verkehrsleistungserbringung im Gebiet der Stadt und in Teilen des Landkreises Biberach auf Basis der VO 1370/2007 eine Betrauung durchzuführen ist. Die Stadt und der Landkreis haben vereinbart, dass die Umsetzung der Betrauung durch die Stadt über ihre Gesellschafterstellung durch eine gesellschaftsrechtliche Weisung durchgeführt wird.**
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stadtwerke Biberach GmbH (SWBC) mit der Erbringung der Verkehrsleistungen, entsprechend der als Anhang dieser Vorlage beigefügten Betrauung, auf der Grundlage der VO 1370/2007, zu betrauen. Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister die Umsetzung dieses Beschlusses (einschließlich Anhang zu dieser Vorlage) über eine Weisung an die Geschäftsführung sicherstellen.**
- 3. Die Erbringung der Verkehrsleistungen durch die Stadtwerke Biberach GmbH ist bereits im Unternehmensgegenstand der Stadtwerke Biberach GmbH festgehalten und entspricht der bisherigen Praxis. Sowohl die Qualität und der Umfang der Erbringung der Verkehrsleistungen als auch die Parameter zur Berechnung der Ausgleichsleistung ergeben sich aus dem Anhang zu dieser Vorlage. Hier wird auch durch eine "ex-post-Kontrolle" sichergestellt, dass keine Überkompensation vorliegt.**
- 4. Sind aus steuerrechtlichen, beihilferechtlichen oder sonstigen rechtlichen Gründen redaktionelle oder geringfügige Änderungen, beispielsweise an der Verkehrsregelung, erforderlich, die den wirtschaftlichen Inhalt der Betrauung nicht betreffen, so ist der Oberbürgermeister in Abstimmung mit dem Landrat zur einvernehmlichen Vornahme dieser Änderungen berechtigt. Dem Gemeinderat und dem Kreis wird die endgültige Fassung des Anhangs zur Kenntnis gegeben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 148/2013 zur Beschlussfassung vor.

StR Späh führt aus, Verkehr und Lärm insbesondere in der Nacht stellen eine Einschränkung der Lebensqualität dar. Der Einstieg in die Lärmaktionsplanung sei daher richtig. Was die Nacht betreffe sei schnelles Handeln erforderlich. Er gehe davon aus, dass im Rahmen der Lärmaktionsplanung weitere Möglichkeiten der Geschwindigkeitsreduzierung umgesetzt würden. Als Stadt sollte man auch mehr Mut zu Geschwindigkeitsreduzierungen haben und als Maßnahmen zum Bürgerschutz beschließen. Er erkundigt sich nach der vorgesehenen Zeitschiene.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Lärmaktionsplanung sei in Bearbeitung und Ende 2013/Anfang 2014 werde man vermutlich konkrete Vorschläge unterbreiten können.

StR Abele sieht den Antrag in der Tradition grüner Politik der Vereinfachung, um politische Wirkung zu erzielen. Er bezeichnet den Antrag als nicht durchdacht und komplett unbrauchbar und wirft die Frage auf, ob beispielsweise vorstellbar sei, in der Memminger Straße Tempo 30 einzuführen, wenn gleichzeitig in der Innenstadt Tempo 50 gefahren werden dürfe. Nach seiner Wahrnehmung finde nachts weniger Verkehr statt. Die Grünen seien diejenigen, die den Straßenbau verhinderten und über einen Ökovermerk seit Jahren die Planung von Umfahrungen behinderten und gegen den Aufstieg zur B 30 seien, der Bürger vom Verkehr entlasten würde. Eine sinnvoll vorstellbare Maßnahme sei Tempo 30 nachts auf der Riedlinger Straße oder auf Ausfallstraßen. Auch was der Ortschaftsrat Ringschnait vorgeschlagen habe sei vorstellbar. Alles in allem sei eine Einzelbetrachtung richtig und dies im Rahmen des Lärmaktionsplans zu tun ebenso.

StR Lemli meint, die SPD-Fraktion werde Tempo 30 dort zustimmen, wo dies sinnvoll sei. Den Verwaltungsvorschlag bezeichnet er als richtigen Weg.

Gleiches erklärt StRin Goeth für die Freien Wähler. Tempo 30 auf bestimmten Straßen könne eine Folge der Maßnahmen des Lärmaktionsplanes sein. Sie beauftragt die Verwaltung schon jetzt, wenn eines Tages Geschwindigkeitsbegrenzungen eingeführt würden, diese dann auch zu kontrollieren, und darzulegen, wie die Einhaltung sichergestellt werden könne.

Ortsvorsteher Boscher schlägt vor, schon jetzt zu untersuchen, wo in Ringschnait eine stationäre Geschwindigkeitsanlage aufgestellt werden könne. Auch eine Resolution zum abgearbeiteten Ökovermerk wäre eventuell sinnvoll.

StR Braig bezeichnet den Antrag der Grünen als unnötig. Er fragt, ob im Vorgriff auf den Lärmaktionsplan eine Information dazu möglich sei, ob selektive Straßenabschnitte umgewidmet werden könnten.

BM Kuhlmann stellt klar, man könne sich Tempo 30 auf der Riedlinger Straße zwar wünschen, zustimmen müsse aber der Straßenbaulastträger. Mit dem Lärmaktionsplan habe man jedoch für derartige Maßnahmen eine bessere Handhabe.

StR Späh verwahrt sich gegen den Vorwurf der Scheinheiligkeit, der erhoben wurde. Den Ökovermerk bezeichnet er als keine grüne Sache, sondern dieser sei vom Gutachter gefordert worden.

StR Zügel erkundigt sich nach Erfahrungen vergleichbarer Städte und ob eine Maßnahme favorisiert werde.

BM Kuhlmann erwidert, man frage aktuell Erfahrungen anderer Städte ab. Tempo 30 könne in bestimmten Bereichen sinnvoll sein. Man sei aufgeschlossen, dürfe das Thema aber nicht kategorisch angehen.

StR Abele meint, das Angebot der Grünen, gemeinsam für die Belange der Bürger zu arbeiten nehme man an und gehe davon aus, dass damit auch gemeinsam für den Aufstieg gekämpft werde.

Er bittet die Beschilderung der B 30 nochmals zu überprüfen was den Durchgangsverkehr betreffe.

BM Kuhlmann lässt wissen, man habe ein Gespräch mit dem Regierungspräsidium gehabt, das für die Prüfung und entsprechende Verkehrsführung aufgeschlossen sei.

Es wird applaudiert.

StR Funk meint, beim Antrag der Grünen handle es sich um einen Antrag, in dem eine Fraktion sich auf Kosten des Gemeinderats profilieren, da diese Maßnahmen bereits auf der Agenda in Zusammenhang mit dem Lärmaktionsplan stünden.

StR Späh **zieht den Antrag der Grünen zurück**, wenn wie in der Vorlage vorgegangen werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Prüfung und eventuelle Festsetzung von Tempo 30 nachts auf Hauptverkehrsstraßen erfolgt im Rahmen der aktuell durchgeführten Lärmaktionsplanung.

**TOP 9 Annahme von Schenkungen und Spenden
für das 1. und 2. Quartal 2013**

150/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 150/2013 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1, 2 und 3 zu Drucksache Nr. 150/2013 aufgeführten Spenden und Schenkungen werden angenommen.

**TOP 10.1 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung am 24.06.2013
gefassten Beschlusses - Besetzung Schulleiterstelle Pflugförderschule**

140/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 140/2013 zur Information vor.

OB Zeidler lässt wissen, die Bestellung beim Regierungspräsidium sei erfolgt wie mit Schreiben vom 09.07.2013 mitgeteilt worden sei.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 11.1 Verschiedenes - Schützenfest

StR Aßfalg bringt vor, zum Abschluss des Schützenfestes sei ihm aufgefallen, dass das DRK 3 500 Liter Wasser ausgegeben habe. Er spricht dem Deutschen Roten Kreuz hierfür ein großes Kompliment aus.

Es wird applaudiert.

StR Deeng bringt vor, es habe einigen Ärger und Unverständnis über die Preisgestaltung der Tageskarte gegeben. Diese kostete 4,50 Euro in Zone 2. Manche seien aber nur zurückgefahren. Er bittet, wieder Einzelfahrscheine anzubieten. Auch die Abfahrtszeiten sollten wenn möglich verändert und stadtnahe Gemeinden oder Ortsteile gegenüber jetzt bessergestellt werden.

OB Zeidler nimmt die Anregung auf.

StR Braig bringt vor, nach Reißegg fahre der Schützenbus eine halbe Stunde früher ab als bislang. Ihm erscheine die Route seltsam, da von weniger besuchten Haltestellen zu stark frequentierten gefahren werde.

StR Herzhauser bringt vor, die kostenlosen WC-Anlagen hätten sehr zur Sauberkeit beigetragen. Beim Schwarz-Vere-Fest seien zum Teil jedoch 30 Cent verlangt worden, was teilweise für Ärger gesorgt habe.

StRin Kapfer dankt allen, die für den reibungslosen Ablauf des sensationellen Schützenfestes verantwortlich gewesen seien, an erster Stelle dem Ordnungsamt und dem Bauhof.

Es wird applaudiert.

TOP 11.2 Verschiedenes - Nutzung Liebherr-Parkplatz für das Freibad

StR Herzhauser erkundigt sich nach dem Verhandlungsstand in Sachen Nutzung des Liebherr-Parkplatzes für das Freibad.

Frau Leonhardt sagt zu, sich kundig zu machen und zu berichten.

TOP 11.3 Verschiedenes - Bolzplatz Reißegg-Steige

StRin Kübler greift das Anliegen aus der Bürgerfragestunde auf und lässt wissen, die Eltern hätten sich aufgeregt, dass mitten in einem Wohngebiet ein Bolzplatz errichtet werden solle, weshalb man einen zweiten Sportplatz beschlossen habe. Sie meint, es wäre toll, wenn es gelänge, einen Teil des Sportplatzes als Soccerfeld einzurichten. Im Schlierholzweg sei die gleiche Thematik akut.

BM Kuhlmann erklärt, das Thema habe schon vor Jahren beschäftigt und konkrete Planungen seien an Grunderwerbsproblemen gescheitert. Dann habe sich der Bolzplatz Schlierenbachstraße entwickelt, weshalb man den Bolzplatz in der Reißegg-Steige nicht weiter verfolgt habe. Eine Nutzung des Spielplatzes erscheine ihm nicht sinnvoll.

TOP 11.4 Verschiedenes - Bebauungsplan Berthold-Hupmann-Straße

StRin Kübler bringt vor, sie werde immer wieder von Bürgern angesprochen, die sich große Sorge wegen des Bebauungsplans Berthold-Hupmann-Straße machten. Sie bittet ein Lattengerüst zu errichten, damit sich Gemeinderat und Anlieger ein Bild machen könnten.

BM Kuhlmann erwidert, es werde eine Tieferlegung des Geländes überprüft und das Ergebnis im September oder Oktober vorgelegt und dann entschieden, ob ein Lattengerüst erforderlich sei, was er nicht denke.

TOP 11.5 Verschiedenes - Parkhaus Ärztehaus

StR Braig fragt, warum das WC des Parkhauses Ärztehaus nur mit Chip genutzt werden könne.

TOP 11.6 Verschiedenes - Urlaubswünsche StR Hagel

StR Hagel wünscht ein gutes neues Jahr und schöne Schützen 2014. Er bezeichnet es als angebracht, dass der Gemeinderat sich vor der Sommerpause für die sehr angenehme, konstruktive Arbeit bei Dezernenten und Amtsleitern bedanke. Er dankt für die überfraktionelle Arbeit. Die Schlagzahl bezeichnet er als sehr groß und er mahnt darauf zu achten, dass man nicht erschlagen werde. Er regt an, über eine Hauptsatzungsänderung nachzudenken, um der Verwaltung größere operative Möglichkeiten einzuräumen.

Die ersten sechs Monate OB Zeidler hätten alle in hohem Maße überzeugt und gefreut.

Man habe zehn Tage Schützen erlebt, was mit reicher Tradition und Heimatliebe und getragen von viel Ehrenamt ablaufe. Der Oberbürgermeister habe sich in das Fest eingebracht, als hätte er bisher nichts anderes gemacht. Er habe bei allen Auftritten Biberach hervorragend repräsentiert. Besonderer Dank gelte für seine Dankworte an den Gemeinderat. Man denke zwar nicht daran, wieder die Monarchie einzuführen, auch wenn dies angesichts manches Schützenständchens so ausgesehen haben konnte.

Er wünscht allen eine angenehme Sommerpause und wohlverdienten Urlaub.

Es wird applaudiert.

OB Zeidler dankt für die zustimmenden Worte und bedankt sich für diese intensiven ersten sechs Monate. Er wünscht allen, dass etwas Abstand gefunden werde, um danach noch intensiver zusammenarbeiten zu können. Für die kommenden Jahre könne er sich eine gemeinsame Abschlussveranstaltung vor der Sommerpause vorstellen.

Er dankt dem Ordnungsamt und dem Bauhof, die viel leisteten, was gesehen und auch anerkannt werde.

Gemeinderat, 22.07.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann